

Solioz, Christophe: *Turning Points in Post-War Bosnia. Ownership Process and European Integration*. Baden-Baden: Nomos 2007, 172 S., 34,- €, ISBN 978-3-8329-2513-0.

In „Turning Points in Post-War Bosnia“ versammelt der Balkanexperte Christophe Solioz fünf Studien zur Nachkriegstransformation in Bosnien und Herzegowina aus dem Zeitraum 2001 bis 2003. Für die zweite Auflage des erstmals im Jahre 2005 erschienenen Bandes wurden die Texte aktualisiert und die Entwicklungen bis Anfang 2006 berücksichtigt. Die Texte behandeln Bosniens Weg zum Frieden nach dem Dayton-Abkommen von 1995 mit einem Fokus auf *ownership* und Europäische Integration. Solioz betrachtet die Folgen des Stabilitätspaktes, den Beitrag der bosnischen Zivilgesellschaft sowie die Rolle lokaler formeller und informeller Netzwerke für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Abhängigkeit Bosniens von der internationalen Staatengemeinschaft, die institutionellen Blockaden in der Folge des Dayton-Abkommens und den Beitrittsprozess zur Europäischen Union.

Im ersten Beitrag zeigt er, wie die internationale Staatengemeinschaft mit dem *General Framework Agreement for Peace* in Bosnien zunächst ein Protektorat errichtete. Mangels Erfolgen beim Aufbau effektiver und selbständiger politischer Institutionen und im Hinblick auf einen möglichen Beitritt zur Europäischen Union schwenkte die internationale Gemeinschaft jedoch auf einen eher partnerschaftlich orientierten Ansatz um. Vor allem die bosnische Zivilgesellschaft sollte Verantwortung für die Transformationsprozesse übernehmen. Hiermit verband sich die Hoffnung auf eine Verknüpfung von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung, die sich jedoch nur teilweise erfüllte (S. 40). Zwar gelingt es den internationalen und nationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Bosnien zunehmend, ihre Aktivitäten zu koordinieren und gemeinsame Projekte durchzuführen. Allerdings kann die bosnische Zivilgesellschaft bislang nicht als Motor für eine selbstständige wirtschaftliche Entwicklung fungieren, die laut Solioz die Grundlage für die Zukunft Bosniens darstellen sollte (S. 46). Außerdem seien bisher keine

Mechanismen entwickelt worden, um die Expertise und die Präferenzen zivilgesellschaftlicher Akteure in den Gesetzgebungsprozess einzubinden.

Ein Schlüssel zur Erklärung, warum die Reformprozesse bisher kaum auf fruchtbaren Boden fielen, könnte in der Stärke informeller Netzwerke liegen. Solioz stellt dazu in seinem zweiten Beitrag fest, dass die bosnische Gesellschaft seit Jahrhunderten über soziale Netzwerke von Familien, Nachbarschaften, Freundschaften sowie berufständischen Verbindungen zusammengehalten wird. Der Staatszerfall Jugoslawiens und die damit verbundenen Kriege haben diese informellen Bindungen zusätzlich gestärkt. Jene Netzwerke, die den Menschen im Krieg das Überleben ermöglichten, sorgen heute jedoch für die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der staatlichen Institutionen in Konkurrenz zu funktionierenden informellen Bindungen. Solche Netzwerke können im Informellen verbleiben oder zu offiziellen NGOs werden. Um die ständige Pendelbewegung zwischen formeller und informeller Struktur zu beschreiben, verwendet Solioz das Konzept der „[in]formellen Netzwerke“ (S. 67).

Ein zweiter Schlüssel liegt in der eingeschränkten staatlichen Souveränität aufgrund der starken externen Einmischung, besonders durch den Hohen Repräsentanten. Dieses Amt wurde im so genannten „Bonn Prozess“ mit erheblichen Machtbefugnissen ausgestattet. Die Amtsinhaber Carlos Westendorp, Wolfgang Petritsch und Paddy Ashdown griffen in der Folge massiv in die bosnische Gesetzgebung ein, setzten Gesetze außer Kraft und suspendierten Politiker mit zweifelhafter Vergangenheit von ihrem Amt (S. 93-95). Dies verhinderte eine eigenständige Entwicklung sowie Lernprozesse bei den bosnischen Verantwortlichen, konstatiert Solioz in seinem dritten Beitrag. Was bisher fehle, sei eine klare Strategie zur Rückübertragung von Verantwortlichkeit auf die bosnische Bevölkerung und damit verbunden einer Wiederherstellung der staatlichen Souveränität.

Einen dritten Schlüssel sieht Solioz im Verlauf der Beitrittsprozesse zum Europarat und zur Europäischen Union. Beide könnten starke Anreize für eine rasche politische Stabilisierung und wirtschaftliche Entwicklung Bosniens darstellen. Die Bemühungen zur Erfüllung der Mitgliedsvoraussetzung sind tatsächlich vorangeschritten, allerdings immer nur dann, wenn die internationale Gemeinschaft starken Zwang oder Druck ausübte (S. 130). Die lokale Beteiligung an diesem Prozess hielt sich hingegen in Grenzen (S. 126).

Offen bleibt, warum externe Akteure scheinbar so wenig Vertrauen in die Fähigkeiten lokaler Politiker setzten. Ist *ownership* hier das Problem oder die Lösung? Solioz' Darstellung fehlt über weite Strecken die nötige Systematik, um diese Frage beantworten zu können. Solioz verdeutlicht nicht, was *ownership* angesichts massiver internationaler Präsenz im bosnischen Quasi-Protectorat konkret bedeuten würde. Er liefert keine Übersicht über die verschiedenen Dimensionen von *ownership*, die sich keinesfalls nur auf den

Beitrag der Zivilgesellschaft beschränkt, wie Solioz im ersten Beitrag suggeriert. Hier fehlt eine systematische Aufarbeitung, auf welchen politischen, administrativen und gesellschaftlichen Ebenen *ownership* ansetzen kann, wer im Rahmen der *ownership* Verantwortung übernehmen soll und welche Politiken durch *ownership* besser als bisher gelöst werden könnten.

Solioz deutet an, dass die externe Unterstützung von *ownership*-Strategien den Beitritt Bosniens zur Europäischen Union erleichtern könnte. Allerdings wird die Verbindung von Integration und *ownership* an keiner Stelle überzeugend dargelegt. Was hat *ownership* mit Integration zu tun? Wie könnte *ownership* die Stabilisierung und damit den Beitritt zur EU begünstigen? Die Antworten auf diese Fragen bleibt Solioz schuldig. Er empfiehlt der Europäischen Union lediglich, an ihrer länderspezifischen Strategie festzuhalten und dabei stärker auf *ownership* zu setzen. Ohne eine umfassende Analyse dessen, was *ownership* heißen kann, läuft diese Empfehlung Gefahr, eine rhetorisch elegante, aber inhaltlich schwache Leerformel zu bleiben. Als Handlungsempfehlung kann sie in dieser Unschärfe jedenfalls nicht dienen.

Eine zentrale Erkenntnis der Transformationsforschung lautet: Demokratisierungsprozesse können nur dann erfolgreich sein, wenn sie von lokalen Eliten getragen werden, die im Konsens nach einer raschen Reform der politischen Institutionen streben. Dies kann von außen unterstützt werden. Wie eine für die Entwicklung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen günstige Kooperation und Verflechtung externer und interner Akteure im bosnischen Fall aussehen kann, bleibt auch nach der Lektüre der Solioz'schen Studien unbeantwortet.

*Sonja Grimm, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung*